

Scheifling, Lurach; Polit. Bezirk Mürzzuschlag: Allerheiligen im Mürztal, Altenberg, Frein bei Mürzsteg, Kapellen an der Mürz, Rindberg, Mürzzuschlag, Reuberg, Spital am Semmering, Steinhaus am Semmering, Stanz, Weitsch; Polit. Bezirk Voitsberg: Rivist, Voitsberg, Stubalpe (Salla); Polit. Bezirk Weiz: Ribisberg, St. Kathrein am Offenegg, Gleisdorf, Kulm, Passail, Rischelsdorf, Ratten, Ritenegg, St. Kathrein a. S., Weiz. Ansuchen um Gestattung des Sommeraufenthaltes sind schriftlich unter Angabe des Ortes, des Beginnes und der Dauer des Aufenthaltes und unter Beischluß von 10 Kronen für Erledigungsgebühren bei der Landesregierung, bezw. für das Stadtgebiet Graz bei der staatlichen Polizeidirektion in Graz einzubringen. Für Sommeraufenthalte im Gerichtsbezirke Mariazell ist die Marktgemeinde Mariazell ermächtigt, die Bewilligungen zu erteilen. Die zulässige Anzahl wird dem Ermessen überlassen, ist aber in den Grenzen der von Niederösterreich zumkommenden Verpflegung zu halten. Vorausgesetzt, daß die vom Staatsamte für Volks-ernährung zugesicherten Sonderzuweisungen eintreffen, werden obengenannte Fremdenverkehrsorte mit den staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln nach Maßgabe der als zulässig erklärten Frequenz versorgt werden.

Die politischen Bezirksbehörden sind ermächtigt, den zugereisten Fremden jeden direkten Einkauf von Lebensmitteln bei den Produzenten zu untersagen; ferner haben sie jedes Hamstern durch entsprechende Maßnahmen und genaue Ueberwachung zu verhindern.

Unsere Versorgung.

Eine neuerliche Erhöhung der Braunkohlenpreise.

Die Rathaus-Korr. meldet: Ab 1. Juli erfährt die Fracht auf tschecho-slowakischem Gebiet durchschnittlich eine 100%ige Erhöhung. Infolge der in letzter Zeit aufgetretenen Erhöhung der Löhne und Gehalte ergibt sich eine wesentliche Steigerung der Preisen. Diese Umstände machen eine Erhöhung der Preise für Braunkohle notwendig. Der Stadtrat hat daher beschlossen, daß die Braunkohlenpreise ab 29. Juli wie folgt erhöht werden: Waggonweiser Verkauf ohne Fracht Kr. 8.70, fuhrweiser und Detailverkauf Kr. 20.—, ungegitterter Braunkohlengrieß Kr. 18.— und gegitterter Braunkohlengrieß Kr. 16.50 per Zentner.

Aus den Wirtschaftsorganisationen.

Wiener Konsumverein. Fortsetzung der Eierabgabe am Samstag den 28. d. Montag den 30. d. und Dienstag den 1. Juli in den Magazinen des 15., 17., 18. und 19. Bezirkes sowie 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Bezirkes, 1 Stück per Person.

Der Lebensmittelmarkt.

(Nach marktamtlichen Mitteilungen.)

In der Großmarkthalle erhielten heute die Wirte und Gemeindefaststätten 1000 Kilogramm amerikanisches Pötelfleisch sowie 19 Schafe. Für die Privatkunden wurde nichts ausgegeben, außer 130 Kilogramm Weichwürste, welche jedoch wenig gefragt wurden. An Fischen kamen nur gefahrene Schellfische zu Kr. 6.— zum Angebot. Die Viktualienhalle hatte heute keine Gemüsezufuhren aufzuweisen; doch genügten die vorhandenen Bestände vollkommen für den Bedarf. Auf dem Fleischmarkt waren die Zufuhren infolge des Unwetters geringer (doch machte sich der Ausfall in keiner Weise bemerkbar). Es kamen 34.670 Kilogramm Gärtnerwaren, 25.800 Kilogramm diverse Wurzelgemüse und Grünwaren, weiters 4250 Kilogramm Spinat, 1540 Kilogramm Mangoldspinat, 2800 Kilogramm Spinaterrahm, 8800 Kilogramm Spargel, 9400 Kilogramm Kochsalz, 8210 Kilogramm Zwiebeln auf den Markt. Sonst wurden noch 200 Kisten mit Zitronen zugeführt. An Rischen kamen 2500 Kilogramm, an Ananas-erdbeeren 300 Kilogramm auf dem Markt. Nach längerer Pause wurde wieder etwas Geflügel zum Kauf angeboten und zwar 29 Enten, 39 Gänse und 40 Hühner. Das Geflügel wurde im zerteilten Zustande abgegeben und kostete Gänse- und Entenfleisch das Kilogramm 45 Kr., das Fett 95 Kr., Gansjunges 15 Kr. und Entenjunges 8 Kr. per 1 Stück. Eier fehlten vollkommen.

Gemeindezeitung.

Wiener Gemeinderat.

Der Hauptvoranschlag.

Die Verhandlungen über den Voranschlag der Gemeinde sind in der heutigen Sitzung bis fast zur Hälfte der Abstimmung über die in der Vorlage enthaltenen Gruppen geblieben. Die Generaldebatte wurde heute mit einer glänzenden Rede des christlichsozialen G. N. Schmitz über Kulturfragen vom christlichen Standpunkte aus und deren Zusammenhang mit der Gemeindeverwaltung eingeleitet. Die Rede hat ihren Eindruck auf die Sozialdemokraten nicht verfehlt. Alle ihre Sprecher erwiderten darauf und suchten die Wirkung der Worte des christlichsozialen Sprechers abzuschwächen. G. N. R. u. s. a. l. setzte sich mit den Tschechen über die Borgverwaltung der deutschen Bürger Schule in Thernau, das von den Tschechen befehlt ist, auseinander, um den Vorwurf von tschechischer Seite, daß die Christlichsozialen in Schulangelegenheiten ihnen gegenüber unduldsam waren, ein für allemal die Spitze abzubrechen.

Recht heiter war in der heutigen Sitzung die Auseinandersetzung zwischen den deutschen und den tschechischen Sozialdemokraten. Bei den gegenseitigen Vorwürfen fanden die beiden Parteien, daß es mit der Internationale eigentlich recht schlecht bestellt sei. Die tschechischen Sozialdemokraten regten sich darüber nicht sonderlich auf, umso mehr aber der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten, G. N. Skaret, der die Parteifreunde der anderen Nation zunächst gar heftig anrempelte und als Beweis, daß die Internationale in Tschechien Pleite gemacht habe an der Hand eines Ausweisungsbefehles eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes aus Krumau recht erbauliche und anschauliche Dinge erzählte. Um es sich mit den Tschechen aber nicht ganz zu verderben, trat er dann den Rückzug an und behauptete, daß die Urheber dieser Aus-

weisung deutschnationale Fabrikanten und das Stift Hohenfurt seien, wobei er den Beweis zur letzten Behauptung schuldig blieb.

Zum Schluß der Sitzung nahm G. N. Grünbeil Gelegenheit, die freiwilligen Feuerwehren Wiens gegen sozialdemokratische Angriffe zu verteidigen.

Ueber die Sitzung berichten wir:

Heute wurde die Debatte über den Hauptvoranschlag fortgesetzt. Als erster Redner kam G. N. Schmitz zum Worte. Er führte, auf die verschiedenen abfälligen Bemerkungen seitens der Sozialdemokraten eingehend, aus: Unsere Weltanschauung steuert zwischen den beiden im abgelaufenen Jahrhundert sich bekämpfenden Prinzipien, von denen das eine im übertriebenen Individualismus, z. B. der liberalen Politik zu suchen ist, während ich das andere das der unpersonlichen Masse nennen will, durch Sie beruht vollständig auf der Lehre des Christentums, das die Persönlichkeit voranstellt, jedoch ihr starke soziale Bindungen auferlegt. In der Familie lernt der Einzelne die Eingliederung in die Gesellschaft und ihre Ordnung.

Auf die Familie baut sich der Stand, die Gemeinde, Volk, Staat auf. Deshalb ergibt sich aus unserem Programm die Folgerung, der Familie und dem Familienleben die größtmögliche Förderung angedeihen zu lassen. Dies ist besonders notwendig bei den Aufgaben der Gemeinde bei der Wohnungsreform.

Die Wohnungsaufwandsteuer.

Die der Herr Referent erwähnt hat, darf daher nicht nach der Wohnungsgroße, auch nicht nach der Zinshöhe sondern nach dem Verhältnis zwischen der Wohnungsgroße und der Familiengröße berechnet werden. Schuh und Förderung des Familienlebens muß auch bei der Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden, so beispielsweise bei der Besoldung der Angestellten, deren ein Teil in Naturalien erfolgt werden muß, womit unsere Partei mit der Beschaffung von Monturen, Schuhen usw. für die Angestellten der Gemeinde begonnen hat. Unseren Standpunkt haben wir auch bei der Abstufung der Feuerungszulagen nach dem Stande der Familienmitglieder zur Geltung gebracht. Ebenso ist auch die Wohlfahrtspflege auf die Familie einzustellen. Die Reform des Wohlfahrtswesens darf nicht in eine Anstaltsmanie ausarten. Kasernenmäßige Anstalten müssen vermieden werden, denn diese zerstören die Familie, ohne einen Ersatz aufbauen zu können. Wir erklären uns bereit, an der Reform des Wohlfahrtswesens mitzuhelfen, nach unseren Prinzipien. Wenn G. N. Emmerling mit starken Worten für die weitestgehende Autonomie der Gemeinde eingetreten ist, so freuen wir uns darüber, und ich erkläre, daß sich die christlichsoziale Partei stets für dieselbe eingesetzt und bei Gefährdung der Autonomie ohne die Hilfe der Sozialdemokraten manchen harten Strauß ausgefochten hat.

Unsere ganze Kulturauffassung geht aus der religiösen Ueberzeugung hervor. Die Religion ist nach unserer Weltanschauung eine sozial-kulturelle Notwendigkeit. Jedes soziale Zusammenleben, soll es kulturbildend sein, erfordert Verzicht auf Teile der Persönlichkeitsphäre, verlangt Opfer, und nur Religion vermag diesen Geist der Opferbereitschaft und die Kraft des Verzichtes zu geben und zu erhalten. Wir sehen in den zehn Geboten und in unserer Religion die Grundlage für jede Ordnung. Die Trägerin der Religion ist die Kirche. Wir wehren uns gegen alle Angriffe auf die Kirche, als schlecht bemantelte Vorhölle gegen die Religion selbst. Die Sozialdemokraten, die die Religion als Privatfache bezeichnen, enthalten sich trotz ihrer Meinung aber nicht des Kampfes gegen die Religion. Dies sieht man an den boshaften und hämischen Anträgen Her. Wenn man auf der einen Seite die Post von 23.000 Kronen für die in Wien seit einer Zeit ehrwürdige Sitte der Fronleichnamspredigt freischt und auf der anderen Seite 50.000 Kronen für die Vorstudien für ein Krematorium bewilligt, so tritt man die große Menge, die an alten, heiligen Sitten hängt, mit Füßen, während man für einige tausend Anhänger der Leichenverbrennung einen mehr als doppelt so hohen Betrag übrig hat. Daraus spricht nicht das Prinzip des Sparens, sondern der religions-gegnerische Geist der Sozialdemokraten. Dieser Antrag zwingt zu einigen Fragen: Ist er auf einen Befehl des Arbeiterrates zurückzuführen? Der Herr Präsident Seih hat ja den Wiener Kreisarbeiterrat aufgefördert, der Gemeinde Vorschriften zu machen. Redner verwahrt sich dagegen. Die Christlichsozialen werden niemals eine solche Einmischung zulassen, denn dies hieße eine Nebenregierung dulden (lebhafter Beifall). Es kann Ihnen (den Sozialdemokraten) noch zuwider werden, daß Sie sich nun von einer unkontrollierbaren Stelle Ihre Befehle holen müssen. Es kann aber auch sein, daß der Antrag auf die Drohungen des Herrn kaiserlichen Rates Cohn-Colbert zurückzuführen ist, der schon einmal nach den Kulturkämpfen gefragt hat. Und jetzt kommt die Antwort: Bitte, da bin ich! (Heiterkeit.) So stark Sie an Zahl, Organisation und vielleicht auch an Geld sind, innere Stärke beweist ein solches Vorgehen nicht. Diese innere Schwäche ist darin begründet, daß

Der Sozialismus als Weltanschauung

versagt hat. Redner zitiert einen Aufsatz des deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers August Binnig, der feststellt, daß der Sozialismus zu einem

ethischen Nihilismus

in der Arbeiterschaft geführt habe. Es sei notwendig, eine neue Ethik zu schaffen und vor allem die Persönlichkeit zu pflegen. Das sind Anschauungen, die uns Christlichsozialen sehr nahe kommen, nur haben wir schon die richtige Ethik.

Was den deutschen Charakter Wiens betrifft, der in der Debatte unter dem vielsagenden Schweigen der Mehrheit bezeugt worden ist, so stelle ich fest, daß wir gerade aus dem organischen Empfinden und aus dem organischen Urteil über soziale Bindungen heraus an dem deutschen Charakter der Stadt festhalten und nie daran rütteln lassen. (Beifall.) Es hat da die Sozialdemokratie eine schwere Verfehlung begangen, als sie wohl nur als Wahlmanöver die Erwerbung der Staatsbürgerschaft und damit des Wahlrechtes derart erleichterte, daß eine wahre Ueberprüfung der Staatsbürger gefehlt hat. Es ist das das natürliche Recht der Nation, die hier hodenständig ist und seit Jahrhunderten die hohen Kulturwerte geschaffen hat. Wir geben der Nation nicht das Recht zum Chauvinismus, ebenso wenig wie wir dem Staat das Recht der Omnipotenz einräumen. Wir lehnen jede Omnipotenz ab. Wir wollen gegen den Staat

das Recht der Persönlichkeit

und Selbstverwaltung hochhalten. Unser Antisemitismus ist eine Abwehrmaßnahme gegen eine nach unserer Auffassung kulturell außerordentlich gefährliche und innerlich unerechtigste Festsetzung. Sie wendet sich gegen die Angehörige eines anderen Volkes, einer anderen Nation als der Deutschen gegen uns da als Pseudodeutsche im Namen des Deutschtums eine Nation schaffen, die keine Leute aber auch keine Ideale mehr hat. Wenn das Judentum sich über unsere antisemitische Haltung beschwert, so beruhe ich darauf, daß der Antisemitismus gegen die Simitionsjuden durch die Erfahrungen in Ungarn erst recht bestätigt wurde. Die Magyaren werden an ihrem eige-